

„Ich sehe die Revolution als Prozess“

Ein Gespräch mit Helge Buttkeireit

HINTERGRUND: Sie nennen ihr Buch über die Neue Linke in Lateinamerika *Utopische Realpolitik*. Das klingt widersprüchlich. Was meinen Sie damit?

Helge Buttkeireit: Der Begriff stammt nicht von mir, sondern vom Chávez-Biografen Christoph Twickel. Twickel beschreibt damit die Außenpolitik von Hugo Chávez, der die Mechanismen des Weltmarktes und die internationalen Beziehungen dazu nutzt, sein Ziel eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu erreichen. Ich habe den Begriff von Twickel entlehnt, da er sich gut dazu eignet, die Politik einer linken Regierung zu beschreiben, die versucht, in einem Prozess die Möglichkeiten für eine sozialistische Neugründung zu schaffen. Außerdem eignet sich dieser Begriff gut für einen Brückenschlag nach Europa.

HINTERGRUND: Hier kursiert innerhalb der Partei Die LINKE der Begriff „radikale Realpolitik“. Wie stehen Sie dazu?

Helge Buttkeireit: Entscheidend ist, was dort konkret an Politik gemacht wird. Die Linkspartei betreibt zum Beispiel in Berlin und Brandenburg radikalste Realpolitik und hat überhaupt kein utopisches Ziel mehr. Da wird zumindest tendenziell nur noch auf die realpolitischen Möglichkeiten geschaut, während alles darüber Hinausweisende fallen gelassen wird. Dabei ist gerade das utopische Moment für mich das Entscheidende einer Bewegung. Da lohnt es sich, sich wieder die Inhalte der außerparlamentarischen Bewegung der 1960er Jahre anzueignen. Rudi Dutschke hat damals das Konzept der Doppelstrategie vertreten. Sein „Marsch durch die Institutionen“ wird heute oft missverstanden. Ursprünglich beinhaltete

Der Politikwissenschaftler Helge Buttkeireit über die Neue Linke in Lateinamerika und in Deutschland, die Frage der Organisation, die Meinungsmache der Konzernmedien und die Notwendigkeit einer utopischen Perspektive.

Helge Buttkeireit (geb. 1976) arbeitet als freier Journalist und Publizist an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste. 2009 veröffentlichte er das Buch *Zensur und Öffentlichkeit in Leipzig 1806-1813*. In seiner neuen Studie befasst er sich mit jenen aktuellen Bewegungen der Linken in Lateinamerika, die den Kapitalismus tatsächlich überwinden wollen: *Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika*.

er die Vorstellung, dass die Bewegung immer einen außerparlamentarischen Kern haben muss, damit die Aktivisten in den Institutionen nicht korrumpiert und von diesen aufgesogen werden, und dieser Kern sollte gleichzeitig schon Vorschein der neuen Gesellschaft sein. Ähnliche Prozesse lassen sich heute in Lateinamerika beobachten. In Venezuela versuchen die Leute, in die Institutionen zu gehen, um sie zu verändern, ohne sich in sie hineinziehen zu lassen. Denn sie bauen parallel eine Volksmacht auf, die in den Räten der Consejos Comunales formalisiert worden ist.

HINTERGRUND: Sie schreiben von einer Neuen Linken in Lateinamerika und finden diese in so unterschiedlichen Staaten wie Venezuela, Bolivien, Mexiko und Ecuador. Was ist das Gemeinsame an dieser Neuen Linken?

Helge Buttkeireit: Erst einmal handelt es sich um eine Gegenbewegung zu einer alten Linken, die entweder sozialdemokratisch darauf wartet, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, oder wie die leninistischen Kommunisten des 20. Jahrhunderts sagt: „Wir müssen eine Revolution machen und danach wird alles anders.“ Die Neue Linke in allen vier genannten Staaten hat dagegen erkannt, dass die einzelnen Menschen jetzt sofort anfangen müssen, wenn sie etwas verändern wollen. Sie eint auf dieser Grundlage auch die Vorstellung, dass von unten,

an der Basis, mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden muss. In allen diesen vier Bewegungen gibt es utopische Realpolitiker, die unter den jeweils vorgefundenen Bedingungen versuchen, das Mögliche zu tun, um das Ziel einer vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft zu erreichen.

HINTERGRUND: Ich habe die Kommunisten immer so verstanden, dass sie sagen: „Nur nach einer Revolution kann alles anders werden.“

Helge Buttkeireit: Für mich ist der entscheidende Unterschied, dass die alten leninistischen Parteien die Revolution als einen Umschlagpunkt gesehen haben, nach dem alles anders wird. Ich sehe die Revolution jedoch als Prozess, in dem der Umschlag stattfindet. Die entscheidende Frage ist doch, wie man dahin kommt. Wer meint, dass dazu eine die Massen führende Avantgarde-Partei notwendig ist, vergisst, dass diese Konzeption unter ganz konkreten historischen Bedingungen in der Sowjetunion entstanden ist und auch diese hinterfragt werden müssen.

HINTERGRUND: Der Schriftsteller Dietmar Dath hat geschrieben: „Die Revolution macht man nicht nach Feierabend.“ Er wollte damit darauf hinweisen, dass es ohne eine Partei oder andere feste Organisationsstrukturen nicht gehen wird.

Helge Buttkeireit: Natürlich ist es absolut notwendig, eine Organisation zu schaffen. Ohne eine Organisation ist es nicht möglich, verbindliche Absprachen zu treffen oder eine klare gemeinsame Vorstellung von Weg und Ziel zu entwickeln. Man kann nicht voranschreiten, wenn man nebeneinanderher wurschelt. Es muss basisdemokratische Kerne geben, die eine Organisation von unten durch ihren Zusammenschluss aufbauen. Der Aufbau von kommunalen Räten in Venezuela ist beispielsweise ein Gegen-

Organisationsform scheint in Ansätzen zu funktionieren. Wenn stattdessen eine Partei käme, die versuchte, die Befriedigung der Bedürfnisse von oben her zu organisieren, bestünde die Gefahr, dass die Organisation selbst ein Bedürfnis entwickelt, dass außerhalb der Interessen derer liegt, um die es geht: die konkreten Menschen an der Basis.

HINTERGRUND: Aber eine solche Partei wird doch in Venezuela auch aufgebaut.



Lateinamerika rückt zusammen: Gipfeltreffen lateinamerikanischer und karibischer Staaten am 23. Februar 2010 in Mexiko

modell zum leninistischen Modell. Dort wird versucht, eine Organisation von unten aufzubauen, die in der Lage ist, einen kommunalen Staat zu machen, also eine Regierung von unten zu übernehmen. Die Menschen versuchen, den bürokratischen und hierarchischen Staat überflüssig zu machen, also das in Gang zu setzen, was man in der marxistischen Terminologie „Absterben des Staates“ nennt. In Venezuela schließen sich die Leute, die sich zuvor in verschiedenen Komitees und Missionen organisiert hatten, in ihren Nachbarschaften zu kommunalen Räten zusammen und organisieren dort ihren Alltag. Dafür bekommen sie Mittel von der Regierung. Wenn sich die Consejos Comunales gefestigt haben, schließen sie sich zur nächsthöheren Stufe der Organisation zusammen und diskutieren auf der Ebene des Stadtviertels die Probleme, die dort zu lösen sind. Dann geht es wieder zur nächsthöheren Ebene. Diese

Helge Buttkeireit: Die Vereinigte Sozialistische Partei (PSUV) wird auf der einen Seite von unten aufgebaut, aber gleichzeitig wird in der Tat versucht, von oben hinein zu regieren. Dazu kommt, dass viele nur deshalb Mitglied werden, weil sie meinen, dadurch Chávez zu stärken. Den Präsidenten und den Prozess stärken sie aber nur, wenn sie selber aktiv werden. Wohin das führt, ist derzeit unklar. Natürlich gibt es immer noch viele Tendenzen zu versuchen, das Ganze von oben zu steuern. Aber innerhalb der Partei wird versucht, die Kandidaten per Urwahl von der Basis her zu bestimmen. Insofern wird die Partei zurückgebunden an diesen Prozess, der von unten nach oben geht.

HINTERGRUND: Viele Beobachter in Deutschland unterscheiden zwischen „guten, antiautoritären“ und „bösen, autoritären“ Linken in Lateinamerika. Sub-

comandante Marcos und Evo Morales stehen dann auf der einen, Hugo Chávez auf der anderen Seite. Sie machen diese Gegenüberstellung nicht mit. Wie würden Sie ihre Herangehensweise beschreiben?

Helge Buttkeireit: Ich habe mir die Prinzipien angeschaut, an denen sich die jeweiligen Bewegungen ausrichten, und die konkreten Bedingungen, unter denen sie handeln müssen. Auf dieser Basis habe ich die Konvergenzen herausgearbeitet. Es wird jeweils versucht, eine Form der Selbstorganisation von unten aufzubauen oder von oben zu protegieren. Es geht um eine solidarische Ökonomie und neue internationale Beziehungen. Darin liegen Gemeinsamkeiten. Ich habe immer geschaut, wie die handelnden Personen ihre Ziele unter den konkret gegebenen Bedingungen zu erreichen versuchen. Tendenziell versuchen die von Ihnen genannten politischen Führer ihre herausgehobene Stellung überflüssig zu machen. Das wird in den jeweiligen politischen Prozessen auf unterschiedliche Weise vorangetrieben, trifft aber auch auf Venezuela und Hugo Chávez zu. In Chiapas und in Bolivien – was gerne übersehen wird – gibt es auch die insbesondere Chávez zugeschriebene gegenläufige Bewegung, die auf eine Verfestigung der Machtposition von Personen wie Marcos und Morales hinausläuft.

HINTERGRUND: In Bolivien wird die Regierung Morales derzeit nicht nur von Oligarchen und Separatisten, sondern auch von dem Gewerkschaftsverband COB unter Druck gesetzt. Was geschieht dort gerade?

Helge Buttkeireit: Ich sehe da einen Mangel an konkreter Perspektive. Dort ist nicht klar, worauf die Bewegung hinauswill. Es gibt eine nachholende kapitalistische Entwicklung, die auch als andiner amazonischer Kapitalismus bezeichnet wird. Der Streik in Bolivien, der übrigens vor allem von der zahlenmäßig kleinen Industriearbeiterschaft unterstützt wurde, hat gezeigt, dass noch an vielen Stellen das Bewusstsein dafür fehlt, dass man, wenn man etwas Neues schaffen will, nicht in die alten Muster zurückfallen darf. Statt für höhere Löhne müssten die Gewerkschaften meines Erachtens perspektivisch dafür streiken, dass sie die Kontrolle in

den Betrieben selbst übernehmen können. Davon ausgehend könnten sie sich produktiv in den Prozess der Neugründung einbringen.

HINTERGRUND: Ein weiterer problematischer Punkt in Bolivien ist die Rolle der indigenen Gemeinschaften. Auf der einen Seite gibt es in ihnen Ansätze für eine komunitäre Form der Produktion. Auf der anderen Seite gibt es Berichte, dass mit der Ausweitung indigener Selbstverwaltungsrechte die Praxis der Lynchjustiz auf kommunaler Ebene einen Aufschwung erlebt.

Helge Buttkeireit: Diese Presseberichte haben oft den Hintergrund, dass diskreditiert werden soll, was in Bolivien passiert. Aber es gibt tatsächlich ein Grundproblem in dieser indigenen Bewegung: Sie versuchen, etwas hervorzuholen, das untergründig als Tradition seit vielen Jahrhunderten vorhanden war, hinterfragen diese Tradition häufig aber nicht, sondern verklären sie. Die komunitären Strukturen haben ihre Wurzeln zum Teil in alten hierarchischen Herrschaftsgebilden der Inka, in denen der Einzelne nicht viel zählte. Vom Staat werden beispielsweise die allerdings auch nur vereinzelt ausgesprochenen Todesurteile nicht akzeptiert, die auf Grundlage der komunitären Justiz gefällt wurden. Aber sie finden häufig dort statt, wohin sein Arm nicht reicht. Ich halte es für notwendig, dass die Indigenen sich ihre eigene Geschichte aneignen, sie hinterfragen, die positiven Momente einer komunitären Organisationsweise übernehmen, die negativen aber auch verwerfen.

HINTERGRUND: Sie haben schon erwähnt, dass man die Berichterstattung der hiesigen Presse über die politischen Prozesse in Lateinamerika mit Vorsicht genießen muss. Aus Venezuela gibt es immer wieder Schreckensmeldungen, denen zufolge Chávez Fernsehsender schließen lässt oder bestimmte Sendungen verbietet. Wie ist es um die Pressefreiheit in Venezuela bestellt?

Helge Buttkeireit: Venezuela ist gerade dabei, eine wirklich freie Presse zu schaffen. Es wird versucht, der Form von Unfreiheit, die die Privatmedien mit ihrer

Manipulation von Meinungen oder ihren stumpfsinnigen Telenovelas produzieren, etwas entgegenzusetzen. Die entsprechenden Fernsehsender werden in Venezuela nicht willkürlich geschlossen. Stattdessen wurden abgelaufene Lizenzen nicht verlängert, wenn sich die Sender nicht an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten hatten. Diese Sender wollen zum Teil sogar eingeschränkt werden, damit sie

gestellt, dass die Zumutungen scheinbar alternativlos sind. In Venezuela gibt es den Versuch einer wirklichen Demokratisierung der Medien. Dazu gehört auch, dass man gegen Lügen vorgeht. Lügen ist in der deutschen Presse auch verboten. Was in Venezuela an Verleumdungen und Mordaufrufen gegen die Regierung in der Presse passiert, wäre in Deutschland definitiv nicht möglich. Schmähkritik und



EU-Präsenz im „Vorhof“ der USA: Gipfeltreffen EU-Lateinamerika am 18. Mai 2010

nach außen rufen können: „Hier wird die Pressefreiheit eingeschränkt“ oder „Hier werden Menschenrechte mit Füßen getreten“. Sie schüren die Stimmung. Sie wollen damit eine Intervention provozieren. Wir haben das schon anderswo gesehen. Ob Irak, Iran oder Jugoslawien: immer wieder wurden und werden mit dem Hinweis auf die Verletzung der Pressefreiheit oder der Menschenrechte Interventionen legitimiert, die die westlichen Werte hochhalten sollen. Wenn man sich nun genauer anschaut, was in Venezuela in den vergangenen Jahren passiert ist, dann sieht man, dass dort komunitäre Medien entstanden sind, mit deren Hilfe sich die Leute darüber informieren, was in ihren Stadtvierteln passiert. Diese Medien greifen die wirklichen Probleme der Menschen auf und diskutieren nicht nur Scheinprobleme, die in den Medien hierzulande im Vordergrund stehen. Die Journalisten unserer Hauptstadtpresse beispielsweise leben in einer künstlichen Scheinwelt und versuchen, uns diese als real zu verkaufen. Dabei haben die meisten Dinge, die vermittelt werden, mit den Problemen der Menschen nur mittelbar zu tun und was sie betrifft, wird so dar-

alles, was die Grundordnung unterminiert, sind bei uns auch nicht durch die Meinungsfreiheit geschützt.

HINTERGRUND: Was kann die hiesige Linke aus den Prozessen in Lateinamerika lernen?

Helge Buttkeireit: Sie kann daraus lernen, dass sie sich nicht ideologisch verhalten darf und auf der Grundlage der konkret vorgegebenen Bedingungen handeln muss. Sie darf einer Situation nicht einfach ihre Ideologie überstülpen. Wenn die Linke bis jetzt nicht erfolgreich war, dann muss sie etwas anders machen und dafür genau analysieren, was falsch lief. Wenn sie den Sozialismus will, dann muss ganz klar sein, dass es ein Sozialismus der Menschen sein wird. Niemand kann den Menschen von außen neu schaffen. Das müssen wir als einzelne Menschen schon immer konkret selber tun. Das ist der Ausgangspunkt der Revolution. Darauf aufbauend muss eine Organisationsform gefunden werden, die wirklich von unten, von den Bedürfnissen der Menschen her aufgebaut wird und dabei schon in sich den Keim der neuen Gesellschaft trägt.

Das Gespräch führte Thomas Wagner